

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

am Dienstag, den 09.01.2018 um 17:10 Uhr

Landratsamt Beeskow,
Breitscheidstr. 7,
Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:10 Uhr Sitzungsende: 18:45 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I.Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017
4. Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes auf die wirtschaftliche Entwicklung der Seniorenheime gGmbH, verantw. Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime gGmbH
5. Vorstellung der Notfalldose sowie Erläuterungen zur Einführung dieser im Landkreis Oder-Spree, verantw. Frau Haase und Frau Schokat, Büro der Seniorenbeauftragten, gemeinsam mit Herrn Karbe, Vorsitzender Kreissenorenbeirat
6. Aktuelle Informationen zur Arbeit des Gesundheitsamtes, verantw. Herr Stelleke, Gesundheitsamt - SG Amtsärztlicher Dienst
7. Information zur Wohngeldinanspruchnahme 2017, verantw. Frau Lauke, Leiterin Sozialamt
8. Informationen zur Integration Geflüchteter, verantw. Frau Kaiser, Leiterin Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration
9. Sonstiges

I.Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Papendieck**, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017

Auch auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Änderungsvorschläge oder –wünsche zum Protokoll der Fachausschusssitzung vom 17.10.2017. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes auf die wirtschaftliche Entwicklung der Seniorenheime gGmbH, verantw. Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime gGmbH

Die Geschäftsführerin der Seniorenheime gGmbH, **Frau Freund** berichtet über die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2018 (siehe Anlage).

Frau Freninez lobt, dass die Mehreinnahmen des Seniorenheimes an die Beschäftigten weitergereicht werden und erfragt wie momentan der Altersdurchschnitt bei der Belegschaft aussieht. **Frau Freund** erklärt hierzu, dass eine gute Durchmischung vorläge. Sie bemängelt aber das fehlende Interesse an den angebotenen Ausbildungsplätzen in der Pflege. Sie führt weiterhin aus, dass noch freie Stellen für Fachkräfte in Fürstenwalde zu besetzen wären.

Herr Papendieck stellt die Frage, ob Wartelisten für Heimplätze existieren würden. **Frau Freund** erläutert hierzu, dass für Beeskow 90 Anmeldungen bestehen würden. Für Fürstenwalde liegen weniger Anmeldungen vor. Das läge Teil daran, dass zum einen sich meistens 2 Bewohner 1 Zimmer teilen müssen und zum anderen es noch andere Anbieter gibt. Für das Betreute Wohnen in Müllrose liegen über 30 Anmeldungen vor. Die Bedarfe seien im Großen und Ganzen sehr hoch.

Herr Hilke möchte wissen, wie selbständig die Bewohner im Betreuten Wohnen seien. **Frau Freund** erklärt hierauf, dass im Betreuten Wohnen im Heim ein relativ hoher Pflegebedarf bestehen würde, aber Mieter des Betreuten Wohnens in Müllrose hingegen sehr selbständig seien, da der Zuzug ab 60, auch ohne Pflegegrad möglich sei. Der Pflegebedarf bei dieser Wohnform würde mit der Zeit sozusagen „wachsen“. Die Mieter würden als reguläre Mieter einziehen und könnten bei Bedarf einfache Leistungen wie Pflege oder hauswirtschaftliche Leistungen hinzubuchen.

Herr Passow spricht die Elektromobilität im Alter an und fragt, ob diese bei der Planung des Neubaus berücksichtigt worden sei. **Frau Freund** antwortet hierauf, dass im Neubau Beeskow größere Räume für die Elektrorollstühle eingeplant worden seien. In Müllrose sei diesbezüglich mit dem Investor eine Vereinbarung zur Schaffung von Abstellmöglichkeiten getroffen worden.

Auf die Frage von **Frau Freninez**, ob die 2-Bett-Zimmer in Fürstenwalde im Zuge der bis 2020 umzusetzenden Neuregelung zum Platzanspruch bestehen bleiben würden, antwortet **Frau Freund**, dass, falls die Ausnahmeregelung nicht verlängert wird, eine Reduzierung der Kapazitäten geplant sei. Es könne jedoch beim Personal auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden.

Herr Papendieck möchte wissen, wie die Ablaufplanung bezüglich der Baustelle in Beeskow aussieht. **Frau Freund** erörtert hierzu, dass die Fertigstellung des Anbaus bis Ende April und der anschließende Umbau bis Ende 2018 geplant sei. **Herr Papendieck** erfragt weiterhin, ob die Möglichkeit besteht, sich die Baustelle einmal anzusehen. **Frau Freund** begrüßt dies und bietet an, dass auch gern der Ausschuss in der Einrichtung tagen dürfe.

Herr Papendieck dankt Frau Freund und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Vorstellung der Notfalldose sowie Erläuterungen zur Einführung dieser im Landkreis Oder-Spree, verantw. Frau Haase und Frau Schokat, Büro der Seniorenbeauftragten, gemeinsam mit Herrn Karbe, Vorsitzender Kreis-seniorenbeirat

Der Vorsitzende des Kreissenorenbeirates, **Herr Karbe**, stellt die Notfalldose vor (Flyer in der Anlage). Er erläutert hierzu, dass der Rettungsdienst bei Einsätzen von den Betroffenen / Verunglückten umständehalber oft keine oder nur unvollständige Auskünfte über Gesundheitszustand usw. zu

erhalten sind und der Einsatzdienst nicht befugt sei, die Wohnung zu durchsuchen. Aus dieser Problemlage erwuchs die Idee zur Notfalldose. Zu dieser Notfalldose würden zwei Aufkleber gehören, welche an der Innenseite der Eingangstür und am Kühlschrank befestigt werden müssten. So könne der Rettungsdienst auf den ersten Blick erkennen, dass eine solche Dose im Haushalt vorhanden und im Kühlschrank zu finden ist. In dieser Dose befände sich ein Formular, welches ausgefüllt über alle wichtigen Patientendaten Auskunft gibt. Diesem Formblatt könne man auch Befunde, Medikamente und zukünftig auch den PIN zur Krankenkarte beifügen. Weiter berichtet er, dass der Erwerb der Notfalldose in den Apotheken in Fürstenwalde für nur 2 € möglich ist. Er bittet die Anwesenden, Ihre Kontakte zu nutzen, um die Notfalldose Publik zu machen und mitzuhelfen, auch andere Apotheken für die Verbreitung zu gewinnen.

Im Anschluss betont **Frau Schokat**, dass die Dose nicht nur für Senioren, sondern für alle chronisch Kranken von immensem Wert sei. Sie berichtet, dass das Büro der Beauftragten deshalb beschlossen hat, 500 Dosen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Dosen könnten ab dem 17.01.2018 in den Regionalstellen des Jobcenters abgeholt werden so lange der Vorrat reiche. Abschließend stellt sie die neue Kollegin im Büro der Beauftragten, Frau Haase, kurz vor.

Herr Passow erfragt ob eine Schulung der Rettungskräfte zur Notfalldose geplant sei. Hierzu erläutert **Frau Schokat**, dass sie bereits mit Herrn Dr. Schwille, Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes, gesprochen und dieser ihr zugesichert habe, seine Rettungskräfte zu informieren. Weiter möchte **Herr Passow** wissen, ob auch die Feuerwehren informiert werden.

Er begründet dies damit, dass oft auch die Feuerwehren die Erstversorgung übernehmen und schlägt vor, dass die Information über die Brandmeister erfolgen könnte. **Herr Karbe** sichert zu, dies einzuleiten und dankt für den Hinweis.

Frau Dr. Baumann bietet an, die niedergelassenen Ärzte über die regulären Ärztlerundschreiben des Gesundheitsamtes zu informieren. **Herr Karbe** erklärt hierzu, dass er bereits geplant habe, die Ärzte in der nächsten Ärztekonzferenz zu informieren. **Frau Schokat** begrüßt die Idee des Ärztlerundschreibens und verweist des Weiteren auf die Internetseite www.notfalldose.de.

Frau Griesche empfiehlt in diesem Kontext die Broschüre „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“, vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Sie erklärt, dass diese ebenfalls sehr hilfreich ist und kostenlos beim BBK bestellt werden kann.

Herr Papendieck bittet um Auswertung nach einem halben oder dreiviertel Jahr zu dem Thema und bedankt sich. Anschließend geht er zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Aktuelle Informationen zur Arbeit des Gesundheitsamtes, verantw. Herr Stellke, Gesundheitsamt - SG Amtsärztlicher Dienst

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, **Frau Dr. Baumann**, informiert über die aktuelle Arbeit des Gesundheitsamtes.

Zum Sozial-psychiatrischen Dienst berichtet Sie, dass der Ausstieg aus dem Gemeindepsychiatrischen Verbund zwischenzeitlich erfolgt ist und bereits ein neuer Kooperationsvertrag mit dem Krankenhaus in Rüdersdorf existiere. Demnächst würden Gespräche mit den Chefarzten der psychiatrischen Kliniken in Rüdersdorf und Eisenhüttenstadt zur Vertiefung der Zusammenarbeit stattfinden.

Zum Kinder- und Jugendärztlichen Dienst gab sie einen Zwischenbericht. Die Einschulungsuntersuchungen laufen noch und hätten einen guten Bearbeitungsstand. Zum Thema Begutachtungen zur Frühförderung berichtet sie, dass im vergangenen Jahr mit dem Sozialamt Abstimmungen zur Durchführung der inhaltlichen und verwaltungstechnischen Arbeit getroffen wurden. Außerdem fanden in 2017 gemeinsame Gespräche von Sozial- und Gesundheitsamt mit Leistungsträgern bzw. Leistungserbringern (SPZ und Frühförderstellen) statt. Aktuell erfolge die Begutachtung vorwiegend durch Frau Dr. Bickel, daneben fände aber bereits die Einarbeitung weiterer ärztlicher Kollegen zur längerfristigen Sicherstellung der Begutachtung statt.

Zum Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes berichtet sie, dass am 22.11.2017 die letzte Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Schulschwänzer/ Schulverweigerung“ stattgefunden hätte und Ziel sei es gewesen, die Möglichkeiten jedes Arbeitsbereiches zur gemeinsamen

Problemlösung auszuloten. Dies hätte großen Anklang bei allen Beteiligten gefunden. Zum Thema Amtsärztlicher Dienst und Hygiene berichtet Frau Dr. Baumann über den Abschluss der Vorbereitungen zur Beratung von Prostituierten nach dem Prostituiertenschutzgesetz. Allerdings seien bisher keine Anfragen eingegangen. Auch wäre die Durchführungsverordnung des Ministeriums noch ausstehend.

Des Weiteren berichtet sie, dass am 09.10.17 gemeinsam mit der Katastrophenschutzbehörde eine Veranstaltung zur Seuchenalarmplanung am Helios-Klinikum mit Dr. Grünwald vom Sankt-Georg-Krankenhaus in Leipzig als Referent durchgeführt wurde. Anwesend waren die Verwaltungsspitze, Mitarbeiter vom Gesundheitsamt und anderen Ämtern der Kreisverwaltung, Krankenhäusern, Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und Vertreter benachbarter Gesundheitsämter. Zugleich war diese Veranstaltung auch eine kleine Übung in Bezug auf z.B. Registratur aller Anwesenden und die jährliche Anziehübung der Schutzkleidung für die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes.

Bezüglich des Zahnärztlichen Dienstes berichtet die Leiterin des Gesundheitsamtes über die Fortführung der Werbung an den Kitas zum Erwerb des Gütesiegels „Kita mit Biss“ zur Verbesserung der Zahngesundheit im Kita-Alter. Im Landkreis Oder-Spree werde dieses Siegel erst seit gut 1 Jahr beworben. Aktuell befände sich der ZÄD mit ca.10 Einrichtungen im Gespräch. Abschließend berichtet sie über allgemeine Neuigkeiten. Am 19./20.02.18 würde der Umzug in das ehemalige AOK-Gebäude in Beeskow erfolgen. Und im 2.Quartal könnten zusätzliche Räume am Standort in Eisenhüttenstadt bezogen werden.

Bei der Einführung der neuen Fachsoftware im Gesundheitsamt, berichtet sie, dass - wie überall - Anfangsprobleme aufgetreten seien. Diese wären aber durch die Unterstützung des EDV-Verantwortlichen schnell behoben worden.

Es werden keine Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt. **Herr Papendieck** bedankt sich und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Information zur Wohngeldinanspruchnahme 2017, verantw. Frau Lauke, Leiterin Sozialamt

Die Leiterin des Sozialamtes, **Frau Lauke**, stellt ihre Präsentation zur Inanspruchnahme von Wohngeld im Jahr 2017 vor (siehe Anlage). Während des Vortrages verteilt sie die neue Auflage der Brandenburger Mietfibel an alle Anwesenden.

Herr Hilke erfragt wie hoch das maximale Haushaltseinkommen für eine Wohngeldgewährung sein dürfe. **Frau Lauke** erläutert hierzu, dass die Größe des Haushaltes entscheidend sei, beispielsweise das maximale Einkommen eines Single-Haushaltes bei netto 1270,00 € läge und dies bei einem 5-köpfigen Haushalt sich entsprechend erhöhen würde. Sie verweist hierzu auf die Wohngeldtabellen in der ausgereichten Mietfibel.

Herr Papendieck möchte wissen, welche Höhe die Mietstufen haben. Hierauf antwortet **Frau Lauke**, dass dies ortsabhängig sei und verweist auf die Tabelle am Anfang der Präsentation (siehe Anlage). Sie führt aus, dass es sich beim Wohngeld um einen Zuschuss handle, d.h. die Miete höher sein dürfe, dann aber die Differenz durch den Bürger selbst getragen werden müsse. Weiterhin erfragt **Herr Papendieck**, ob es sich hierbei um den Mietspiegel gemäß Richtlinie zu den Kosten der Unterkunft handle. Dies verneint **Frau Lauke** und erklärt, dass bei der Berechnung des Wohngeldanspruches ausschließlich die vom Bundesamt für Statistik festgelegten Mietstufen gelten.

Die Frage von **Herrn Hilke** ob bei der Berechnung des Wohngeldes das Vermögen eine Rolle spielte, verneint **Frau Lauke**.

Herr Papendieck möchte wissen, wo sich die Beratungsstellen befänden und wie hoch diese frequentiert würden. Dies beantwortet **Frau Lauke** mit „Fürstenwalde“, „Eisenhüttenstadt“ und „Beeskow“ und erklärt, dass in den Städten Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt reger Publikumsverkehr herrsche. Die Beratung in Beeskow würde eher auf postalischem Wege oder per Telefon erfolgen. Anträge könnten auch in den Bürgerberatungsstellen der Gemeinden abgegeben werden und würden von dort nach Beeskow weitergeleitet werden. Weiterhin erfragt **Herr Papendieck**,

aus welchen Mitteln das Wohngeld finanziert wird. **Frau Lauke** teilt mit, dass 50% vom Bund und 50% vom Land finanziert werden. Der Haushalt des Landkreises wird nicht belastet.

Auf **Herrn Hilkes** Frage, wie sich die Inanspruchnahme entwickle, antwortet **Frau Lauke**, dass hier eine sinkende Inanspruchnahme zu verzeichnen ist.

Herr Papendieck fragt, wie in welchem zeitlichen Turnus die Anpassung der Mietstufen erfolgt. **Frau Lauke** berichtet, dass alle 2 Jahre die Mietstufen angepasst werden.

Herr Hilke möchte wissen, ob viele Rentner Wohngeld in Anspruch nehmen. Hierzu antwortet **Frau Lauke**, dass Rentner eher Grundsicherung im Alter als Wohngeld beziehen. Die Mitarbeiter der Wohngeldstelle prüfen jedoch automatisch, ob für den Antragsteller Grundsicherung im Alter oder Wohngeld vorteilhafter wäre.

Herr Passows Frage, ob Rentner vermehrt Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen würden, beantwortet **Frau Lauke** mit „Ja, auf alle Fälle“.

Herr Papendieck bedankt sich und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Informationen zur Integration Geflüchteter, verantw. Frau Kaiser, Leiterin Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

Die Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, **Frau Kaiser**, informiert über aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der Integration von Geflüchteten (siehe Anlage).

Herr Papendieck erfragt, wie es sich mit der Abdeckung der Bedarfe bei den Sprachkursen verhalte. Hierzu führt **Frau Kaiser** aus, dass für alle verpflichtbaren Geflüchteten zu 100% ein Sprachkurs von verschiedenen Anbietern und Kostenträgern ermöglicht werden könne.

Herr Hilke fragt, wie hoch die Inanspruchnahme von Programmen zur freiwilligen Rückkehr in die Heimatländer sei. Hierzu erläutert **Frau Kaiser**, dass der Focus klar auf der Förderung freiwilliger Rückkehr läge, d.h. eine Rückkehrberatung direkt durch die Ausländerbehörde oder indirekt durch den vom Landkreis getragenen Fachberatungsdienst erfolge. Hierdurch ergäbe es sich, dass der weitaus höhere Anteil an allen Rückführungen auf die freiwillige Rückkehr entfallen würde.

Herr Umbreit möchte wissen, wieweit die Deutschkurse reichen würden und ob ausbildungs begleitende Deutschkurse möglich wären. Die Erfahrungen in den Berufsschulen hätten gezeigt, dass die Deutschkenntnisse oft nicht für eine Ausbildung ausreichen.

Frau Kaiser stellt klar, dass für die Qualität und Inhalte der Sprachkurse der Bund in Form des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verantwortlich ist und der Landkreis keinen Einfluss hätte. Sie bietet an, zu einem der nächsten Ausschüsse einen Kursträger oder das BAMF einzuladen.

Herr Papendieck spricht an, dass zwar ein horrender Fachkräftemangel bestehe, aber das Sprachniveau oft nicht ausreichend für eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt wäre. **Frau Zarling**, bestätigt dies aus den Erfahrungen des Jobcenters mit dieser Zielgruppe und ergänzt, dass für eine Vermittlung in Ausbildung selbst das Sprachniveau B2 nicht ausreiche. **Frau Kaiser** ergänzt hierzu, dass es an den Oberstufenzentren in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt Sonderklassen gibt. Diese BFS-G-Plus-Klassen, welche überwiegend mit Afghanen besetzt seien, würden im Sommer regulär abschließen. Es sei hier aber völlig unklar, welches Sprachniveau und welche Fähigkeiten die Abgänger haben werden. Deshalb plant das Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration eine Zusteuerung dieser Personen in die Zentrale Teststelle des BAMF zur Feststellung des Sprachniveaus, um darauf aufbauend ein geeignetes Anschlussangebot in Kooperation mit anderen Institutionen installieren zu können.

Herr Passow kommt noch einmal auf die Anforderungen bei den Ausbildungen zurück und erläutert, dass seit geraumer Zeit keine Sonderprüfungen bei den Facharbeiterprüfungen mehr möglich wären. Daher würde das B2-Sprachlevel für Flüchtlinge auf keinen Fall mehr ausreichen um die regulären Prüfungen zu bestehen. **Frau Kaiser** bekundet, dass sich bestimmten Gruppen gezielter gewidmet werden müsse. Sie erläutert, dass das Angebot an den Oberstufenzentren gut sei, aber ein Anschlussangebot nötig wäre, da ein nahtloser Übergang in eine Ausbildung hier wahrscheinlich noch nicht möglich sei.

Frau Zarling meint, dass die Erwartungen auf Seiten der Aufnahmegesellschaft zu hoch seien. Sie gibt zu bedenken, dass es sich bei dieser Personengruppe um Geflüchtete handele und nicht um Arbeitsmigranten. Diese Menschen seien gekommen, um hier sicher zu leben und würden größtenteils eben nur schlechte bis gar keine Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration mitbringen. Man müsse sich von dem Glauben verabschieden, dass mit ein bisschen Sprachkurs und ein bisschen Qualifizierung schnell eine Integrationen in den Arbeitsmarkt zu leisten wäre. Man müsse sich sogar mit dem Gedanken anfreunden, dass eine große Anzahl von Geflüchteten im Transferleistungsbezug verbleiben werde.

Herr Papendieck bittet für die nächste Sitzung um eine genauere Vorstellung der geplanten Maßnahmen und hierbei besonders um eine Bezifferung des nötigen Budgets. **Frau Kaiser** sichert dies zu und berichtet, dass ihr Amt bereits Landes- und Bundesmittel nutze wie beispielsweise aus dem Förderprogramm des Bundes zur Bildungskoordination für Zugewanderte, über welches eine Mitarbeiterstelle finanziert werde. Dies eröffne auch die Möglichkeit, Themen auf Landes- oder Bundesebene anzusprechen.

Frau Freniez regt an, die Sprachkurse mit mehr Praxis zu kombinieren und erzählt von ihren Erfahrungen in der Kleiderkammer. **Herr Passow** weist darauf hin, dass diese Sonderbetreuung auf dem 1. Arbeitsmarkt überhaupt nicht zu leisten sei. Es würden hochqualifizierte Fachkräfte gebraucht. Helfer gäbe es schon genug und die Zeit, jemanden an der Hand zu nehmen, wäre in Unternehmen einfach nicht da. **Frau Freniez** erklärt, dass sie sich nicht auf den 1. Arbeitsmarkt bezogen hätte, sondern eher eine schrittweise Integration über den 2. Arbeitsmarkt im Blick gehabt habe. **Frau Griesche** gibt zu bedenken, dass viele Geflüchtete gut deutsch sprechen könnten, sie aber kein Unternehmen finden, der sie einstellen würde. **Herr Passow** weist darauf hin, dass die Bereitschaft in den Unternehmen schon vorhanden ist Geflüchtete einzustellen, aber die Anforderungen sehr hoch seien und zudem ohne ein entsprechendes Sprachniveau eine Einstellung nicht erfolgen kann.

Frau Kaiser erklärt abschließend, die Erfahrungen hätten gezeigt, dass besonders bei den Herkunftsländern Somalia und Afghanistan es oft an der schulischen Grundbildung mangle, wodurch die Sprachkurse nur schlecht gemeistert werden könnten. Hierdurch würden Bedarfe entstehen, denen man unbedingt begegnen müsse.

Herr Papendieck dankt für die Ausführungen und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9 Sonstiges

Frau Freniez bittet den neuen Vorsitzenden, Herrn Papendieck, sich kurz vorzustellen. Dieser Bitte kommt **Herr Papendieck** gern nach.

Weitere Wortmeldungen bleiben aus, woraufhin sich der Vorsitzende bei allen Anwesenden bedankt und eine gute Heimfahrt wünscht.

zur Kenntnis genommen

gez.

Mathias Papendieck

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

gez.

Magrit Budai

Schriftführer/in